

Gemeinsam stärker

Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising



Positionspapier des Vorstands des Diözesanrats
zur Zusammenarbeit zwischen den Kommunen

Kommunikation

Ziele

Netzwerke

Kooperation

Die kommunale Selbstverwaltung und die Eigenständigkeit auch kleinerer Gemeinden sind Werte, die bei den Bürgern in Bayern großes Ansehen genießen. Denn damit werden bürgernahe Strukturen gewährleistet. Auf kommunaler Ebene wird Demokratie unmittelbar praktiziert und erlebt. Bürger/innen können hier direkt demokratische Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Die Eigenständigkeit zu bewahren heißt aber nicht, dass jede Kommune alles alleine zu meistern hat. Über den eigenen Kirchturm zu schauen, ist auch ein Wert. Es ist daher immer auch zu prüfen, welche Aufgaben sinnvollerweise in kommunaler Zusammenarbeit erledigt werden können.

Der Diözesanrat der Katholiken will mit dieser Positionierung einen Beitrag für eine zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Gesellschaft leisten. In Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip beharren wir aber darauf, kommunale Aufgaben möglichst lange auf der gemeindlichen Ebene zu behalten.



Professor Dr. Hans Tremmel
Vorsitzender des Diözesanrats

I. Tendenzen, die zur interkommunalen Zusammenarbeit drängen

In den letzten Jahren hat sich die Notwendigkeit zur kommunalen Zusammenarbeit verstärkt. Gründe dafür sind:

- knappe finanzielle Ressourcen
- Bevölkerungsentwicklung
- verschärfter Standortwettbewerb
- Gestiegene Anforderungen
- Technologische Entwicklung



II. Kriterien für eine interkommunale Zusammenarbeit: Vernetzung und Subsidiarität

Interkommunale Zusammenarbeit fördert das gemeinsame Handeln, ohne die mit kleinräumigen, kommunalen Strukturen verbundenen Werte aufzugeben. Kleinräumige Strukturen sind eine wichtige Voraussetzung für Bürgernähe und Transparenz und fördern die Eigenverantwortung und Mitwirkung von Bürgern. Interkommunale Zusammenarbeit muss sich daran messen lassen, ob sie zur Versorgungs- oder zur Mitwirkungsgesellschaft beiträgt. Es ist von entscheidender Bedeutung, die kommunale Eigenständigkeit zu bewahren. Beides, die Eigenständigkeit und die Zusammenarbeit, müssen sich nicht widersprechen, sondern können sich gut ergänzen. Die Vernetzung und die Subsidiarität können dafür wertvolle Leitkriterien sein.

III. Voraussetzung: Vom Konkurrenzdenken zum Kooperationswillen

Wirkliche Vernetzung und Zusammenarbeit zu gewährleisten, ist keine einfache Aufgabe. Netzwerke brauchen Pflege, Absprachen, Verlässlichkeit, Klärung von Zuständigkeiten und Vertrauen.

- Eine wichtige Kooperationsvoraussetzung ist die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich in die Perspektive der Kooperationspartner hineinzusetzen und Vielfalt auszuhalten.
- Erfolgreiche Vernetzungen zeichnen sich durch wechselseitige Vertrauensverhältnisse aus. Vertrauen meint dabei vor allem die Verlässlichkeit, dass eigene Vorleistungen durch die andere Seite nicht ausgenutzt werden. Die Gewinne der Kooperationspartner sollten annähernd gleich groß sein.

- Eine zentrale Voraussetzung des Aufbaus von Netzwerken besteht in der Entwicklung von gemeinsamen Zielvorstellungen und Visionen sowie eine ehrliche Stärken-/Schwächen-Einschätzung.
 - Exakt definierte Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche in rechtlich abgesicherten Verträgen vermindern Reibungsverluste im alltäglichen Betrieb. Kleine Bürgernahe Einheiten, die freiwillig bei einzelnen Aufgaben kooperieren sind lebendig. Von der Bürgernähe ist es nur ein kleiner Schritt zur Bürgerbeteiligung und zur Bürgergesellschaft. Die Freiwilligkeit wiederum sichert die Selbstständigkeit. Bürgerbeteiligung erfordert und fördert den Dialog und die Vernetzung zwischen den beteiligten Personen, den Strukturen und den Institutionen.
- 

IV. Politische Forderungen und notwendige politische Rahmenbedingungen

Um Menschennähe und eine solidarische Bürgergesellschaft gerade in kleineren Kommunen zu erhalten und zu stärken, muss interkommunaler Zusammenarbeit und Kooperationen eine starke Rolle in den Zukunftsplanungen der Kommunen zukommen. Deshalb wendet sich der Diözesanrat mit folgenden Forderungen an die Verantwortungsträger der jeweiligen Ebenen:

- Die Bewusstseinsbildung und Ausbildung von Bürgermeistern und Gemeinderäten sowie von Verwaltungs- und Bauhofmitarbeitern muss einen festen Platz in den Bildungsmaßnahmen einnehmen.
- Kommunale Spitzenverbände werden aufgefordert, Handreichungen, umfangreiche Informationen, Ideen und Anregungen zu liefern, aber auch Risiken und Hemmschuhe zu benennen.
- Von übergeordneten politischen Ebenen müssen Anreize geschaffen werden, die sinnvolle Kooperationen fördern und belohnen. Eine dauerhafte Finanzierung von interkommunalen Kooperationsprojekten muss sichergestellt werden.
- Die bayerische Staatsregierung muss die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, die bei Kooperationen, wie z.B. bei gemeinsamen Gewerbeflächen, eine gerechte Lastenverteilung und Teilhabe an Ausgaben und Einnahmen ermöglichen. Eine langfristige angelegte Zukunftsplanung der Kommunen muss vom Freistaat durch gesetzliche und politische Leitplanken unterstützt werden. Um individuelle Lösungen umsetzen zu können, muss den Kommunen ein breiter gesetzlicher Spielraum überlassen werden.

Weitere Informationen, unter anderem die **ausführliche Stellungnahme**, finden Sie unter:
www.dioezesanrat-muenchen.de/kommunalpolitik

*Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising*



Herausgeber

Diözesanrat der Katholiken der
Erzdiözese München und Freising
Arbeitskreis Kommunalpolitik

Verantwortlich: Prof. Dr. Hans Tremmel,
Vorsitzender

Schrammerstrasse 3, 80333 München

Redaktion: Georg Nöscher,
Dr. Martin Schneider, Josef Peis

Schriftleitung: Josef Peis

Gestaltung: Karin Hofmaier,
gedruckt auf 100% Recycling Papier